



dbb und Richterverband zum heutigen Besoldungsgespräch Kompromiss zur Übertragung des Tarifergebnisses erzielt

In einem weiteren Gespräch mit Finanzministerin Monika Heinold konnte am heutigen 27.4.2015 ein Kompromiss zwischen Gewerkschaften und der Landesregierung zur Übertragung des jüngsten Tarifergebnisses auf den Besoldungsbereich erzielt werden.

Nachdem die Finanzministerin zunächst für die Jahre 2015 und 2016 jeweils eine dreimonatige Verschiebung der Besoldungsanpassung vorgesehen hatte, soll die Besoldung für Beamte im Land und in den Kommunen, Richter und Staatsanwälte sowie die Versorgungsempfänger im Jahr 2015 rückwirkend und damit zeitgleich zum 1.3. um 2,1 Prozent steigen. Zum 1.5.2016 – also mit einer zweimonatigen Verzögerung – ist eine weitere Anhebung um 2,3 Prozent vorgesehen (jeweils abzüglich 0,2 Prozent Versorgungsabschlag).

Hierzu erklärte die schleswig-holsteinische dbb-Landesbundvorsitzende Anke Schwitzer im direkten Anschluss an die Verhandlungen: „Wir freuen uns über das nun erfolgte Einlenken der Ministerin. Mit der zeitgleichen Übertragung zumindest in diesem Jahr bringt die Landesregierung eine Wertschätzung des Personals zum Ausdruck. Leider konnte die Finanzministerin sich zu einer solchen Umsetzung im Jahr 2016 nicht durchringen – das ist kein gutes Signal!“

Kritik kommt hierzu auch vom schleswig-holsteinischen Richterverband: „Die Attraktivität der Berufe von Staatsanwälten und Richtern bedarf dringend der Stärkung. Zwei Sparmonate hinterlassen jedoch das Gefühl, wieder einmal abgehängt worden zu sein. Eine vollständige 1:1 Übertragung wäre machbar und möglich gewesen“, so Volker Brandt, stellvertretender Landesvorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Richterverbandes.

Auch wenn im Jahr 2016 durch die verzögerte Besoldungsanpassung eine Kröte zu schlucken ist, so ist am Ende doch ein Gleichklang bei der linearen Erhöhung im Tarif- und Besoldungsbereich hergestellt. Und darauf kommt es nach Ansicht von Richterverband und dbb an. Hier darf es auch in Zukunft nicht zu einem Auseinanderdriften kommen. Das ist schließlich auch ein wichtiger Aspekt im Konkurrenzkampf mit der freien Wirtschaft um die besten Nachwuchskräfte. „Unter den wirtschaftlichen Gesamtbedingungen des Landes ist das nun erzielte Ergebnis für dbb und Richterverband ein Kompromiss, mit dem beide Seiten leben können und müssen“, so Schwitzer und Brandt abschließend.

br/pa – 27.4.2015

Herausgeber der gemeinsamen Pressemitteilung:

dbb beamtenbund und tarifunion | landesbund schleswig-holstein | Muhliusstr. 65 | 24103 Kiel | Telefon 0431.675081 | info@dbbsh.de

Schleswig-Holsteinischer Richterverband - Verband der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte | Harmsstr. 99-101 | 24114 Kiel